



Hessen

DAMIT HESSEN EINE CHANCE HAT

LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2023

INHALTSVERZEICHNIS

1. MENSCH

- 1.01 Ethik als verpflichtendes Schulfach
- 1.02 Unterstützung von Lehrenden
- 1.03 Angemessene Bildungseinrichtungen
- 1.04 Gesundheitsorientierter Schulstoff
- 1.05 Berufsaus- und Fortbildung stärken
- 1.06 Hochschulen fördern und attraktiver gestalten
- 1.07 Bezahlbaren Wohnraum schaffen
- 1.08 Konzept für gesundheitliches Wohlbefinden entwickeln
- 1.09 Begegnungsorte etablieren
- 1.10 Inklusion stärken
- 1.11 Inklusion und Teilhabe in Verkehrsentwicklung integrieren
- 1.12 Mobilität umgestalten
- 1.13 Verkehr auf Regionalität ausrichten
- 1.14 Verkehrswegenetz neu priorisieren
- 1.15 ÖPNV attraktiver gestalten
- 1.16 Flugverkehr sinnvoll reduzieren
- 1.17 Finanzen neu ausrichten
- 1.18 Digitalisierung vorantreiben

2. UMWELT

- 2.01 Landwirtschaft ökologisch entwickeln
- 2.02 Wasser schützen
- 2.03 Bio-Vegane Landwirtschaft subventionieren
- 2.04 Plastikverbrauch reduzieren
- 2.05 Düngemittelverordnung nachbessern

- 2.06 Glyphosateinsatz verbieten
- 2.07 Gentechnik abschaffen
- 2.08 Artenvielfalt unterstützen
- 2.09 Luftreinhaltung forcieren
- 2.10 Landesweite Spurenstoffstrategie einführen
- 2.11 Wälder schützen
- 2.12 Entsiegelung subventionieren
- 2.13 Monokulturen sanktionieren
- 2.14 Energieerzeugung nachhaltig gestalten

3. TIERRECHTE

- 3.01 Massentierhaltung beenden
- 3.02 Tierversuche abschaffen
- 3.03 Jagd einstellen
- 3.04 Tierhaltung in der Unterhaltungsbranche verbieten
- 3.05 Hunderassen gleichstellen
- 3.06 Tierzucht beenden
- 3.07 Tierschutzkonzepte einführen
- 3.08 Tierfreie Ernährung fördern
- 3.09 Rechte der Tiere konsequent durchsetzen
- 3.10 Tierheime subventionieren

VORWORT

Mit der **Landtagswahl am 8. Oktober** in Hessen hast Du die Chance, eine zukunftsorientierte und ehrliche Partei zu wählen. Mit diesem Wahlprogramm möchten wir Dir einen Überblick darüber geben, welche Chancen wir für Hessen sehen und wie wir unsere Landespolitik gestalten wollen. Als Grundlage dafür dient unser Parteiname: **PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ**.

Die Erkenntnis, dass Politik ein ganzheitliches Konzept sein muss, um das Beste für alle zu bewirken, hat in unserer Partei lange Tradition. Die Verbindung der Bereiche Mensch, Umwelt und Tier(-schutz) macht uns im Vergleich zu den anderen deutschen Parteien einzigartig. Wir sehen in diesem Dreierverbund die Möglichkeit, Politik so zu gestalten, dass keiner dieser Bereiche vernachlässigt und vor allem der Zusammenhang deutlich wird. Unser Ziel ist es, in Hessen eine Grundlage für die Zukunft zu schaffen, sodass auch nachfolgende Generationen in unserem Bundesland leben können. Die Maßnahmen der Politik müssen ökologisch, aber auch sozialverträglich sein, um eine realistische Umsetzung zu garantieren. Mithilfe unserer Ideen kann eine solche Zukunft entstehen, sowohl kurzfristig als auch langfristig.

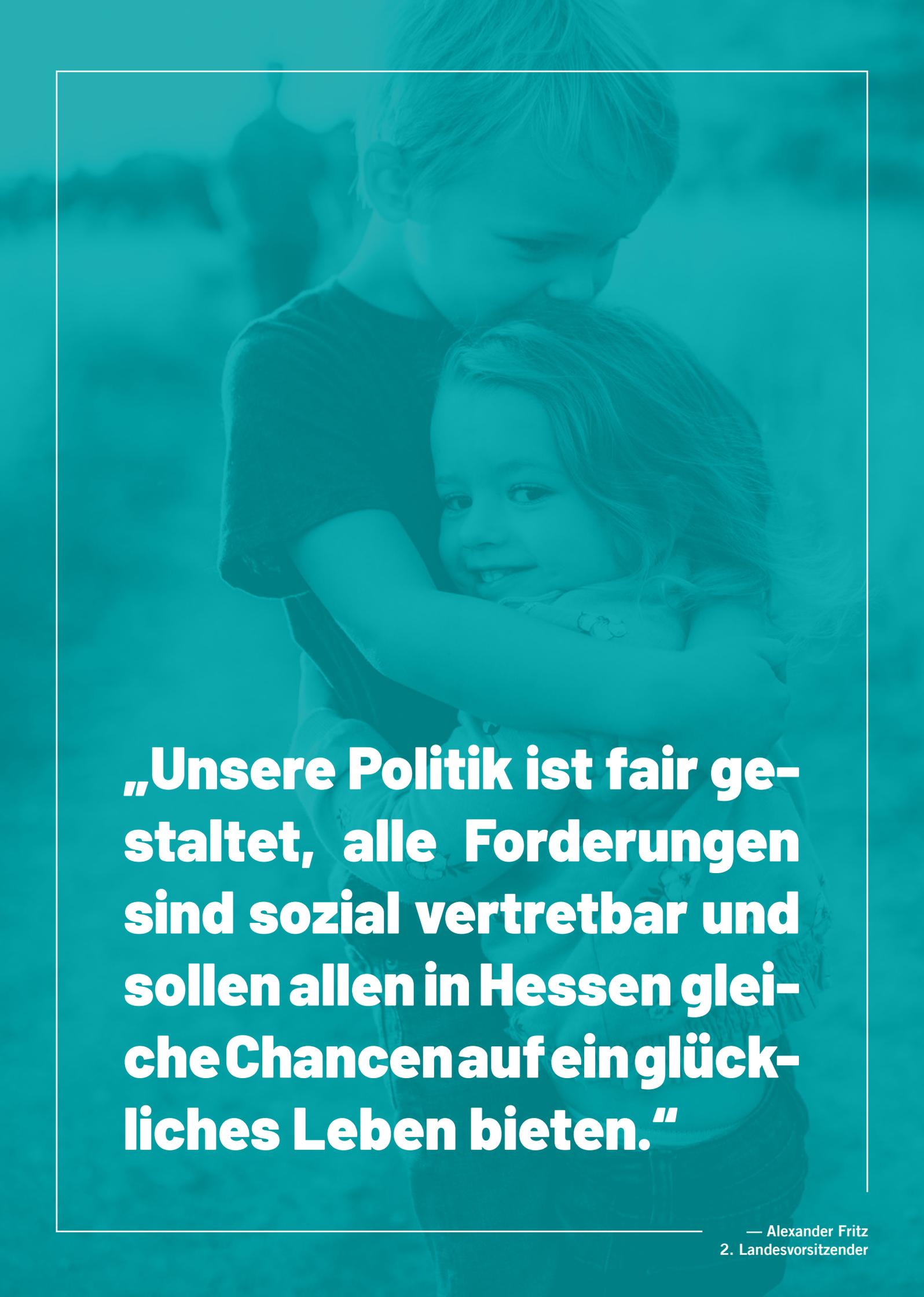
Neben den sozialen und ökologischen Maßnahmen muss allerdings auch noch einiges für die Tiere geschehen. Es existiert immer noch zu viel unnötiges Leid und Tod. Mit dem gleichen Fahrplan wie bisher wird sich zum einen bei den Tierrechten und zum anderen beim Klimaschutz nichts verbessern. Für uns steht fest: Es muss sich etwas verändern. Wir sind zuversichtlich, dass mit Dir der Wandel und das Umdenken stattfinden kann.

Wähle daher am 8. Oktober **Mitgefühl** und hilf mit, Hessen zu einem besseren Ort für alle, egal ob Mensch oder Tier, zu machen.

Wähle die **PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ!**



Fabian Schelsky
Vorsitzender der Tierschutzpartei Hessen



„Unsere Politik ist fair gestaltet, alle Forderungen sind sozial vertretbar und sollen allen in Hessen gleiche Chancen auf ein glückliches Leben bieten.“

1. MENSCH

Wichtige Säulen unserer politischen Agenda sind die Themenfelder Bildung, Soziales und Verkehr.

Gerade eine gute Bildung der zukünftigen Generationen ist nicht nur aus ökonomischen Gesichtspunkten immens wichtig, sondern vor allem ein Wert an sich, der der Ökonomie nicht untergeordnet werden sollte. Zu guter Bildung gehört für uns auch die Vermittlung einer Ethik, die die Achtung, den Respekt und die Unterstützung von sozial Benachteiligten beinhaltet. Hierfür müssen wir eine nachhaltige und bezahlbare Mobilität schaffen, die die Menschen zusammenführt.

Daraus ergeben sich folgende Kernforderungen für uns:

1.01 Ethik als verpflichtendes Schulfach

Die schulische Bildung legt die Grundsteine für das Verhalten und die Wahrnehmung der nachfolgenden Generationen. Daher ist es wichtig, eine ethische Grundbildung zu gewährleisten. Dafür soll Ethik als zusätzliches verpflichtendes Schulfach eingeführt werden, um sicherzustellen, dass moralische Werte vermittelt und das Zusammenleben nachhaltig verbessert werden kann. In Ethik sollen außerdem die Religionen erklärt und diskutiert werden und Tierrechtsphilosophie mit eingebunden werden. Darüber hinaus sollen in allen Fächern umweltschutzrelevante und ethische Aspekte Einzug finden.

1.02 Unterstützung von Lehrenden

Ein großer Teil der Lehrkräfte, die eine zentrale Stellung für die Bildung zukünftiger Generationen einnehmen, arbeiten unter befristeten Verträgen, oft unfreiwillig in Teilzeit und unter zu schlechter Bezahlung – seien es die immer mehr befristet eingestellten und über die Sommerferien wieder entlassenen Lehrenden oder der traditionell fast ausschließlich unter diesen Bedingungen arbeitende wissenschaftliche Mittelbau. Diese Zustände erschweren nicht nur durch die entstehende Unsicherheit und Zukunftsangst das Leben der Betroffenen, die eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft darstellen, sondern wirken sich natürlich auch auf die Qualität der Lehre und den Lernerfolg der Schüler:innen oder Studierenden aus. Daher müssen befristete Stellen zur Ausnahme statt zur Regel gemacht werden, mehr Vollzeitstellen geschaffen und die Bezahlung der Lehrkräfte der Bedeutung ihrer Arbeit angepasst werden. Wir fordern ein Ende der Politik des Sparens am falschen Ende und der schlechten Bezahlung bei gleichzeitiger Würdigung von Lehrkräften und der Ökonomisierung von Bildung.

1.03 Angemessene Bildungseinrichtungen

Klassen sollen aufgrund des effektiveren und besseren Lernens auf eine maximale Anzahl von 18 Lernenden beschränkt werden. Außerdem sollen Bildungseinrichtungen ortsnah gelegen und sicher erreichbar sein. Zeitgemäße Ausstattung und Materialien sollen allen Lernenden zur Verfügung stehen. Dabei soll darauf geachtet werden, dass gleiche Bildungschancen für alle sichergestellt werden.

1.04 Gesundheitsorientierter Schulstoff

Wir sind überzeugt, dass ein Bewusstsein für die eigene gesunde Ernährung und die Prävention zur Erhaltung unserer Gesundheit bereits im Kindesalter gefördert werden muss. Zur gesunden Entwicklung der Lernenden setzen wir uns für eine landesweit einheitliche und verstärkte Bildung in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Bewegung ein.

1.05 Berufsaus- und Fortbildung stärken

Für das Konzept des lebenslangen Lernens und der Bekämpfung des Fachkräftemangels muss eine Strategie zur Aufwertung der Berufsausbildung und beruflichen Fortbildung umgesetzt werden. Jeder Jugendliche soll einen Rechtsanspruch auf Ausbildung erhalten, da wir es uns nicht leisten können, versteckte Talente unentdeckt zu lassen und Jugendliche aufzugeben. Ausbildungsabbrechende sollen in besonderen Förderprogrammen dazu gebracht werden, ihre Stärken und Schwächen zu analysieren, so dass sie Erfolgserlebnisse bemerken und ihre Ziele definieren können. Fernstudienlehrgänge und Methoden des Blended Learning müssen wesentlich stärker im Bewusstsein von Bildungseinrichtungen und Bildungsinteressierten verankert werden. Der Zugang vom Berufsleben heraus in Hochschulstudiengänge muss vereinfacht werden, etwa durch noch leichtere Anerkennung von Berufspraxis als Hochschulzugangsberechtigung. Das Angebot von IHK-Abschlüssen soll ebenfalls ausgebaut werden. Politische Bildung in den Bereichen Demokratie, Bürgerengagement, Ethik und Toleranz soll einen weitaus höheren Stellenwert einnehmen als bislang und aktiv gefördert werden.

1.06 Hochschulen fördern und attraktiver gestalten

Hochschulen sollen gestärkt und bessere Studienbedingungen geschaffen werden. Wenn Studierende und For-

schende ihren Horizont erweitern, Aufenthalte in anderen Bundesländern und Ländern erleben, sind der wissenschaftliche Diskurs und das Verstehen anderer Kulturen und Sichtweisen fruchtbar. Die Verbesserung der Bedingungen für das Masterstudium und der Juniorprofessuren sowie englischsprachige Angebote, konkrete Arbeitsmarktchancen, bezahlbarer Wohnraum, günstige Semestertickets und eine lebendige Kulturszene sind hierfür der Schlüssel. Studiengebühren lehnen wir deutlich ab. Der Übergang zwischen Lehramtsstudium und Referendariat muss besser koordiniert werden, da es häufig ineffektive Wartezeiten gibt. Eine Angleichung der Gehälter für die verschiedenen Lehramtsberufe ist erstrebenswert. Inklusion und behindertengerechte sowie barrierefreie Zugänge und Angebote müssen auch an Hochschulen praktiziert und inhaltlich und technisch umgesetzt werden. Der Ausbau von veganen Angeboten an Hochschulen ist voranzutreiben und in allen Bereichen von Beschaffung und Versorgung sowie beim Studienangebot (Human Animal Studies, Tier- und Umweltethik, Nachhaltigkeit, Ethik) zu berücksichtigen.

1.07 Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Es müssen dringend verstärkte Bemühungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums ergriffen werden, wobei Nachhaltigkeit nicht aus den Augen verloren werden sollte. Immobilienspekulationen muss Einhalt geboten werden. Außerdem ist es mit unseren Grundwerten nicht zu vereinbaren, dass Menschen auf der Straße leben müssen.

1.08 Konzept für gesundheitliches Wohlbefinden entwickeln

Jeder Mensch hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit. Ein ganzheitliches Konzept, welches den Menschen als Einheit von Körper, Geist und Seele betrachtet, muss entwickelt werden. Der Ausbau der gesundheitsfördernden Fortbewegung, vor allem Fuß- und Radverkehr, muss vorangetrieben werden. Gesunde Ernährung muss in allen öffentlichen Einrichtungen etabliert werden. Gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen sollen von den Krankenkassen finanziert werden. Personal im Kranken- und Pflegebereich muss Wertschätzung durch bessere Bezahlung finden. Außerdem muss das Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aufgestockt werden, um Überlastung zu vermeiden.

1.09 Begegnungsorte etablieren

Physische und/oder psychische Einschränkungen führen oft zu einer stark eingeschränkten Mobilität. Dies kann zu Abhängigkeit, Hilfsbedürftigkeit, Isolation und Vereinsamung führen. Wir möchten deshalb Begegnungsmöglichkeiten für alle Menschen einführen, in denen sie Kontakte knüpfen können und bei Bedarf auch teilweise betreut und gefördert werden. Es soll dort auch günstige und gesunde Verpflegung geben. Die problemlose An- und Abreise soll ermöglicht werden.

1.10 Inklusion stärken

Inklusion sollte so sein, dass sie nicht nötig ist. Sie muss selbstverständlich und in den Köpfen etabliert sein. Arbeitgebende sollen zum Ausgleich von verringerter Wirtschaftlichkeit des Arbeitnehmenden mit Einschränkungen gefördert werden. Eine verpflichtende Prüfung soll in Förderschulen eingeführt werden, um einen schulischen Abschluss zu ermöglichen. Pädagogische Fachkräfte sollen ausreichend unterstützt werden. Die Inklusion umfasst alle Dimensionen von Verschiedenheit, darunter beispielsweise Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Kultur, Nationalität, Religion und Sprache. Landesbeauftragte, Landesbeiräte und die Inklusionsräte von Menschen mit Behinderungen sind in ihrer Arbeit vollumfänglich zu unterstützen. Ziel muss sein, die noch bestehenden Barrieren abzubauen und die Aufklärungsarbeit zu intensivieren.

1.11 Inklusion und Teilhabe in Verkehrsentwicklung integrieren

Für uns ist es ebenso wichtig alle Menschen in die weitere Verkehrsentwicklung miteinzubeziehen, was heißen soll, dass bei jeder Planung entsprechende Schritte berücksichtigt werden, die es jedem Menschen ermöglichen am Verkehrsgeschehen ungehindert teilzunehmen. Hierzu möchten wir zum Beispiel Fahrpläne anbieten, welche automatisiert vorgelesen werden. Barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Räumen und Verkehrsmitteln sollen geschaffen werden. Auch die Einrichtung einer Landesmeldestelle für Abweichungen dieser Art soll geschaffen werden, damit von landespolitischer Seite entsprechend korrigierend eingegriffen werden kann.

1.12 Mobilität umgestalten

Wir sind uns der Wichtigkeit des Verkehrs in Hessen, als Schlagader für unser Land, durchaus bewusst, steht der Verkehr doch für die wirtschaftliche Stabilität und die Sicherung der individuell realen Bedürfnisse nach Mobilität seiner Bevölkerung. Um dem möglichst ausgewogen gerecht zu werden, ist es für uns als Partei wichtig, die Verhältnismäßigkeit zwischen wirtschaftlichen und individuellen Bedürfnissen sowie der Umwelt und den Ressourcen wieder herzustellen und in Einklang zu bringen. Lebensräume und ihre Verkehrswege müssen so gestaltet werden, dass sowohl der Mensch ausreichend angebunden ist, aber auch die Natur ihren Raum behalten kann. Die von uns angepeilte Verkehrspolitik vermeidet daher jedweden unnötigen Verkehr und ist extrem ressourceneffizient ausgelegt.

1.13 Verkehr auf Regionalität ausrichten

Ein ganz bedeutender Schritt ist für uns die Stärkung der regionalen Wirtschaft. Regional bedeutet kurze Wege, vom Erzeugenden zum Konsumierenden und gleichzeitig die

Sicherstellung von Arbeitsplätzen vor Ort. Diese kurzen Wege sind der Schlüssel für eine ressourcenschonende Verkehrspolitik in den kommenden Jahren. Ansiedelungen von Industriegebieten und Gewerbeparks nach höchstmöglichen ökologischen Standards sowie die Wiederbelebung der Innenstädte mit allen Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Lebens sollen gefördert werden. Hierdurch werden Wege verkürzt und bessere Anbindungen über den (teils bereits bestehenden) öffentlichen Personennahverkehr ermöglicht.

1.14 Verkehrswegenetz neu priorisieren

In Hessen verfügen wir bereits größtenteils über ein sehr gut ausgebautes Verkehrswegenetz, welches wir vollumfänglich erhalten wollen. Zusätzliche neue Verkehrswege sollen nur noch dort geplant und ausgeführt werden, wo ein nachgewiesener hoher Bedarf besteht. Im Rahmen der Nachhaltigkeit muss das Ziel sein, das bestehende Verkehrswegenetz zur dauerhaften Nutzung instand zu setzen und zu erhalten. Einzig der Ausbau von Fuß- und Radwegen hat hingegen Priorität, ganz besonders im Hinblick auf die Förderung der regionalen Wirtschaft sollen diese Verknüpfungen kommunal sichergestellt werden.

1.15 ÖPNV attraktiver gestalten

Eine besondere Bedeutung kommt außerdem dem Schienenverkehrsnetz zu. Als Rückgrat der Mobilität in Hessen müssen die existenten Strecken ausgebaut und weitere Kapazitäten geschaffen werden. Steigende Fahrgastzahlen, insbesondere nach der Einführung des 9€-Tickets, haben den Bedarf verdeutlicht. Als Anbindung des ländlichen an den städtischen Raum sind diese Verbindungen für die Menschen attraktiver, barrierefrei und kostengünstig zu gestalten. Die Einführung eines Hessen-Tickets, im weiteren Verlauf des 9€-Tickets, zu einem gestützten Abgabepreis könnte hilfreich sein, die Attraktivität dauerhaft aufrecht zu erhalten. Gleichwohl möchten wir die Kommunen hiergehend ermutigen und unterstützen den Fußgängerverkehr auszubauen und sicherer zu gestalten. Kurze Wege sollten so attraktiv wie möglich zu Fuß zurückgelegt werden können. Wir benötigen ein vernetztes und gut getaktetes System aller öffentlichen Nahverkehrsmittel, um die Attraktivität und den Komfort weiter zu steigern. Hier muss das Land gemeinschaftlich mit den Kommunen abgesprochene Fahrpläne ausarbeiten.

1.16 Flugverkehr sinnvoll reduzieren

Der Flugverkehr spielt in Hessen gerade wegen Deutschlands größtem und zugleich viertgrößtem Flughafen in Europa, dem Frankfurter Flughafen, eine ebenfalls wesentliche Rolle im Verkehrswegenetz. Da Flugbetrieb nachgewiesenermaßen eine hohe Belastung für Mensch und Umwelt darstellt, möchten wir diesen auf dem aktuellen

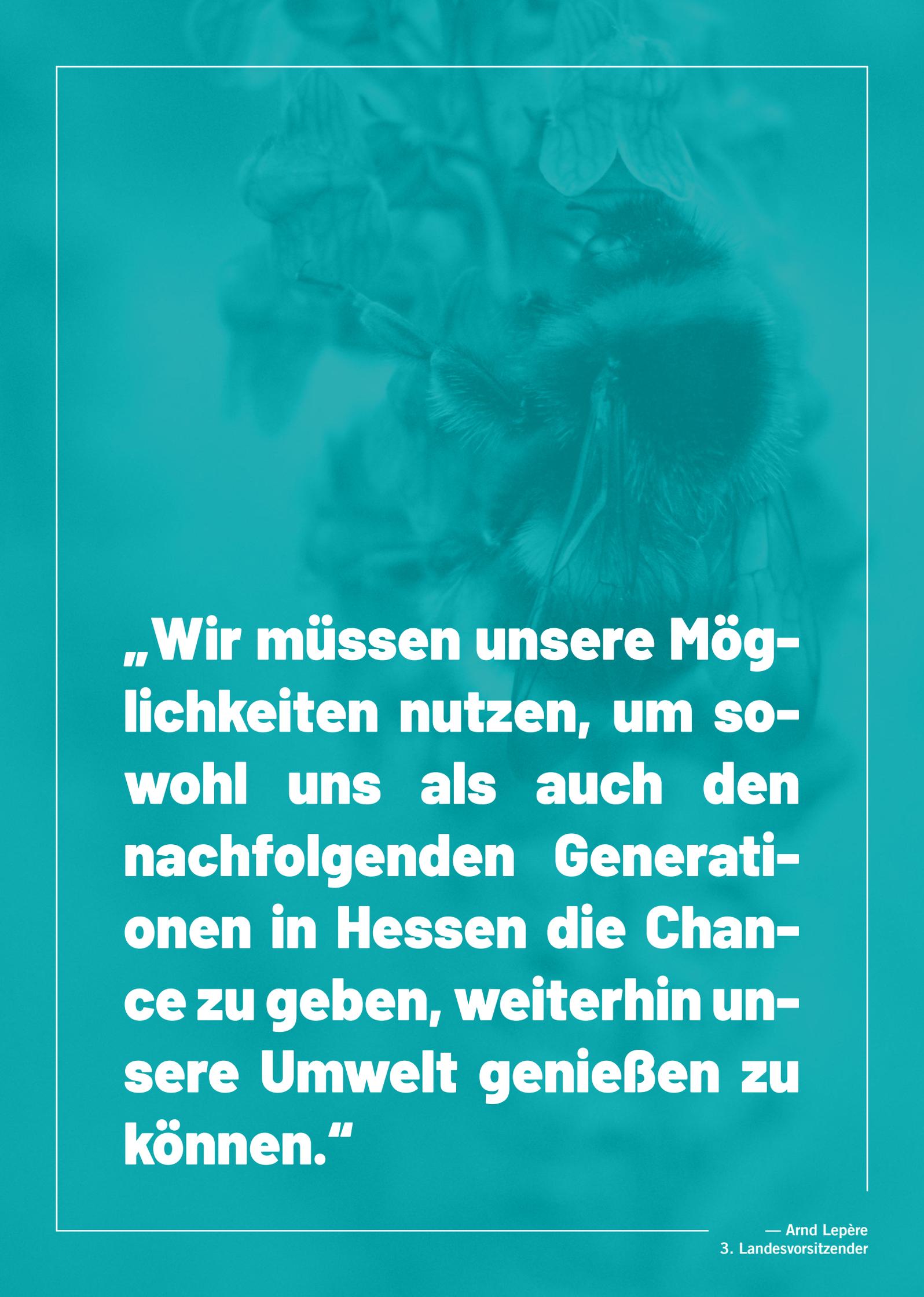
Niveau einfrieren und längerfristig reduzieren. Es sollen keine Freigaben mehr zum Ausbau existenter und zum Neubau weiterer Verkehrsflughäfen erteilt werden. Güter- und Personenfernverkehr soll auf die Schiene verlagert werden, gerade und insbesondere bei Reisen mit weniger als 1.000 km Strecke.

1.17 Finanzen neu ausrichten

Es bedarf der Reduzierung von Subventionen für die Großindustrie (Chemie-, Flug-, Pharma-, Fahrzeug-, Agrarindustrie etc.). Es sollen Kürzungen der staatlichen Zuschüsse an die Amtskirchen (direkte Subventionen für kirchliche Einrichtungen, Amts- und Würdenträger, Institutionen, usw.) erfolgen. Steuerflucht muss deutlich stärker bekämpft werden. Hierfür müssen internationale Abkommen geschlossen werden und die Exekutive geschult, ausgestattet und finanziert werden. Das Geflecht von Briefkastenfirmen in sogenannten Steueroasen muss aufgebrochen werden. Es muss diverse Steuererhöhungen auf unethische sowie klima-, gesundheits- und umweltschädliche Produkte und Dienstleistungen geben. Eine „Tierproduktsteuer“ für konventionelle Betriebe tierischer Produkte sowie eine Flächenversiegelungssteuer müssen eingeführt werden. Zukunftsweisende Wirtschaftszweige (Softwareentwicklung, Hanfanbau, Alternativen zu Tierversuchen etc.) müssen gefördert und die Diäten und Bezüge hessischer Landtags- und Kreisabgeordneten reduziert werden.

1.18 Digitalisierung vorantreiben

Es bedarf einer schnellen Digitalisierung durch flächendeckenden Breitbandausbau moderner Glasfasernetze auf dem Land und in der Stadt. Zudem soll flächendeckend das Netz der neuen Mobilfunkgeneration unter Berücksichtigung der sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen ausgebaut werden. Behördliche Angelegenheiten sollen digitaler gestaltet werden, damit die Bevölkerung diese einfacher und schneller erledigen kann. Die Förderung von Freifunk im öffentlichen Raum befürworten wir. Die Netzneutralität muss erhalten bleiben, da die Interessen aller privaten und kommerziellen Nutzer gleichberechtigt sind. Die Sicherheit im digitalen Leben muss gewährleistet sein.



„Wir müssen unsere Möglichkeiten nutzen, um sowohl uns als auch den nachfolgenden Generationen in Hessen die Chance zu geben, weiterhin unsere Umwelt genießen zu können.“

2. UMWELT

Die Zerstörung unserer Natur und Umwelt schreitet in vielen Bereichen immer rasanter fort. Umwelt und Natur bilden die Lebensgrundlage für die heutige und alle zukünftigen Generationen.

Für uns nimmt das Thema Umwelt eine zentrale Stellung in unserem Wahlprogramm ein. Der Schutz der Umwelt und Lebensräume muss hier an erster Stelle stehen. Hier sind vor allem die Reduzierung von Waldrodungen, die Verhinderung von Überdüngung sowie das Verbot des Einsatzes von Pestiziden und Herbiziden hervorzuheben.

Daraus ergeben sich folgende Kernforderungen für uns:

2.01 Landwirtschaft ökologisch entwickeln

Die Landwirtschaft bildet die Grundlage für die Versorgung der Bevölkerung. Die Unterstützung von staatlicher Seite ist für die Erzeugenden und Verbrauchenden unabdingbar. Hier muss sich aber auf eine nachhaltige und ökologische Landwirtschaft konzentriert werden, um den klima- und umweltschädlichen Beitrag Hessens zu reduzieren und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Zusätzlich sind Konzepte zum Umstieg von konventioneller Landwirtschaft auf ökologische zu entwickeln.

2.02 Wasser schützen

Die zunehmenden Hitzeperioden und trockenen Monate sorgen für immer weiter sinkende Grundwasserstände und Wasserknappheit. Zusätzlich wird durch die enorme Menge an Gülle, die in der Massentierhaltung anfällt, das Grundwasser weiter belastet. Das Grundwasser bildet unsere Grundlage der Wasserversorgung und von daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, die schädlichen Auswirkungen auf das Grundwasser zu reduzieren und den Verbrauch durch gesteigerte Effektivität und Verschwendung zu senken. Unter anderem ist ein gewerbliches Wasserentnahmeentgelt einzuführen, welches wiederum zweckgebunden in den weiteren Schutz der Wasserressourcen einfließen soll.

2.03 Bio-vegane Landwirtschaft subventionieren

Mithilfe von bio-vegane Landwirtschaft kann die Bevölkerung auch langfristig mit geringerem Risiko ernährt werden.

Damit sich der Anbau und Aufwand lohnt, müssen Subventionen in diesen Bereich gesteigert und nicht-zukunftsfähige Systeme auf bio-vegane umgestellt werden. So kann ohne eine weitere Belastung der Bevölkerung durch eine gerechte Umverteilung effektiv der Wandel eintreten.

2.04 Plastikverbrauch reduzieren

Plastik sorgt schon seit Jahrzehnten für große Probleme auf der Welt. Hessen kann einen positiven Beitrag dazu leisten, den Einwegplastikverbrauch drastisch zu reduzieren und die generelle Verwendung von umweltschädlichen Stoffen hin zu nachhaltigen Alternativen umzustellen sowie Mehrwegsysteme einzuführen. Die Forschung und der Einsatz von plastikfreien Alternativen sind zu unterstützen und zu fördern. Es muss vor allem an der weiteren Entstehung zusätzlichen Plastiks angesetzt und diese drastisch reduziert bzw. verhindert werden.

2.05 Düngemittelverordnung nachbessern

Durch die bereits angesprochene Gülleproblematik ist das hessische Grundwasser sehr stark mit Nitrat und anderen schädlichen Stoffen belastet und die Grenzwerte sind an den meisten Messstellen überschritten. Dem muss durch die Ergreifung von Maßnahmen, die eigentlich nur eine Reduktion des Tierbestands beinhalten können, Einhalt geboten werden. Die hessische Düngemittelverordnung muss wirkungsvoll kontrolliert und nachgebessert werden.

2.06 Glyphosateinsatz verbieten

Durch den starken Einsatz von Herbiziden und Pestiziden in der konventionellen Landwirtschaft sind nicht nur gesundheitliche Schäden für die Konsumierenden nicht auszuschließen, sondern es ergeben sich auch verheerende Folgen für die Umwelt. Abgesehen davon, dass die Produktion dieser künstlichen Mittel sehr energieaufwendig ist, können sie zerstörerische Wirkungen auf die umliegenden Ökosysteme haben, etwa durch das Auslösen des Insektensterbens. Daher müssen schrittweise künstliche Pestizide und Herbizide – beginnend mit Glyphosat – auf Landesebene verboten werden und die ressourcenschonendere und umweltfreundlichere biologische Landwirtschaft muss wesentlich stärker gefördert werden.

2.07 Gentechnik abschaffen

Wir fordern eine Ausweitung der biologischen und veganen Landwirtschaft, um die Bevölkerung direkt ernähren zu können. Außerdem trägt Gentechnik zur Verminderung der Artenvielfalt und der Qualität der Pflanzen bei. Gleichzeitig besteht durch die Manipulation des Erbguts der Pflanzen die Gefahr, unerwünschte Nebenwirkungen zu begünstigen.

2.08 Artenvielfalt unterstützen

Aktuell leiden vor allem die Wildtiere unter dem steigenden Flächenverbrauch, der Flächenversiegelung und der Vermehrung der Monokulturen. Die Artenvielfalt ist essentiell für eine Umwelt im Gleichgewicht. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der Tiere mit dem Ziel der Erhaltung der Artenvielfalt sind zu unterstützen. Artenvielfalt trägt außerdem dazu bei, dass Pflanzen sich natürlich weiterentwickeln können und der natürliche Kreislauf gewahrt wird.

2.09 Luftreinhaltung forcieren

Abgase oder sonstige Schadstoffe verunreinigen unsere Luft. Schädliche Stoffe bzw. Systeme, die einen großen negativen Einfluss auf unsere Luft haben, sind zu reduzieren und sauberer Luft zuträgliche Systeme sind zu fördern. Dazu zählen vor allem aktive Maßnahmen in den Bereichen Wäldern, Mooren und Gewässern. Die Förderung der Forschung, wie schädliche Stoffe aus der Luft nachhaltig entfernt werden können, ist zu gewährleisten.

2.10 Landesweite Spurenstoffstrategie einführen

Wie bereits erwähnt belasten viele Stoffe unser Grundwasser. Selbst geringste Belastungen können schwerwiegende Folgen für Mensch, Umwelt und Tier haben. Um die Spurenstoffe aus unserem Wasser entfernen zu können, braucht es weitere Maßnahmen. Die Betreibenden der Klärwerke sind bei den Erweiterungen der Klärstufen zu unterstützen. Parallel muss vor allem die Nutzung der schädlichen Stoffe eingeschränkt werden, um zukünftig weitere Belastungen zu verhindern.

2.11 Wälder schützen

Wälder übernehmen viele wichtige Rollen. Sie sorgen für die Speicherung des klimaschädlichen CO₂, produzieren Sauerstoff und filtern Schadstoffe aus der Luft. Gleichzeitig haben sie einen positiven Effekt auf das lokale Klima und sorgen bei Hitze für Abkühlung. Außerdem bieten sie Lebensraum für viele Tierarten und eignen sich als Naherholungsraum für den Menschen. Die Nutzung unserer

Wälder für wirtschaftliche Zwecke ist zu reduzieren, nachhaltige Strategien zum Schutz der Wälder sind zu formulieren und Tiny Forests einzurichten.

2.12 Entsiegelung subventionieren

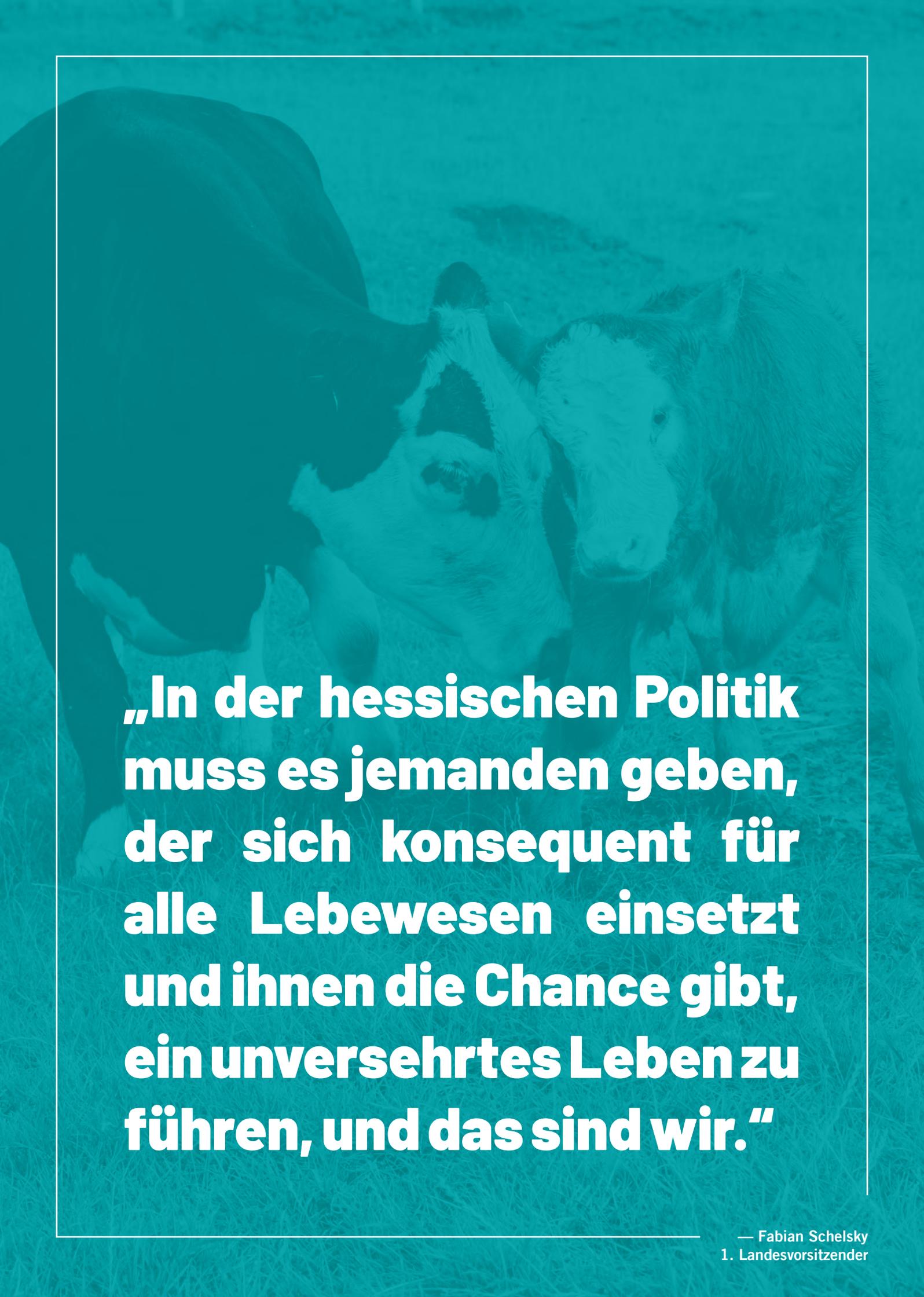
Versiegelte Flächen, vor allem in Innenstädten, verschlechtern das Mikroklima und die Versickerung von Wasser ins Grundwasser. Daher sind Maßnahmen zur Reduzierung der versiegelten Flächen zu fördern und umzusetzen.

2.13 Monokulturen sanktionieren

Die Artenvielfalt ist für das natürliche Gleichgewicht unabdingbar. Monokulturen (zer-)stören die natürliche Entwicklung und sorgen für eine Reduzierung der Bodenorganismen. Konzepte zur nachhaltigen und umweltschonenden Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen sind zu entwickeln und zu subventionieren. Bei nicht-landwirtschaftlichen Flächen sind Strategien zur Wiederherstellung eines natürlichen Zustands zu wählen.

2.14 Energieerzeugung nachhaltig gestalten

Wir wollen Energiesparen fördern und das Verschwenden von Energie sanktionieren. Es sollen mehr Förderprogramme für energiesparende Maßnahmen beschlossen werden. Die Forschung der Gewinnung von erneuerbarer Energie muss gefördert und Prozesse zur Errichtung solcher Anlagen vereinfacht werden. Die Energiegewinnung aus Bio-Masse lehnen wir ab, wenn sie aus dem Anbau von sogenannten Energiepflanzen erfolgt. Wir werden daher lediglich die Energiegewinnung aus Biomasse befürworten, die aus Abfällen erfolgt. Außerdem befürworten wir ein dezentrales Energieversorgungssystem, da dieses den Bau von Überlandleitungen deutlich reduziert und auch der hier bedingte Energieverlust deutlich reduziert wird. Die erforderlichen Speicherkapazitäten zur Sicherung der Versorgung sind auszubauen. Bei der Errichtung und Inbetriebnahme der Energieerzeugungsanlagen sind umwelt- und tierschützende Faktoren zu beachten.



„In der hessischen Politik muss es jemanden geben, der sich konsequent für alle Lebewesen einsetzt und ihnen die Chance gibt, ein unversehrtes Leben zu führen, und das sind wir.“

— Fabian Schelsky
1. Landesvorsitzender

3. TIERRECHTE

Derzeit leiden und sterben immer noch Millionen Tiere in der industriellen Tierhaltung. Dazu kommen jährlich weitere zahlreiche Opfer durch Tierversuche und die Unterhaltungsindustrie. Nicht nur für die Umwelt lohnt sich eine Veränderung, sondern gerade aus ethischen Gesichtspunkten ist ein Wandel unvermeidbar.

Unser Ziel ist die Verankerung von Tierrechten in der hessischen Verfassung. Diese Grundrechte sollen unveräußerlich sein, wie das Recht auf Leben und Unversehrtheit. Nur durch eine solche Maßnahme können wir Tiere in Zukunft wirkungsvoll schützen.

Daraus ergeben sich folgende Kernforderungen für uns:

3.01 Massentierhaltung beenden

Die systematische Grausamkeit, unter der fast alle der sogenannten „Nutztiere“ während ihres kurzen Lebens unter unvorstellbaren Bedingungen bis zu ihrem qualvollen und frühen Tod im System Massentierhaltung leiden müssen, muss schnellstmöglich beendet werden. Das Leid duldet keinen Aufschub. Solange dies noch nicht durchsetzbar ist, fordern wir die Einhaltung bestehender Gesetze zum Schutz der Tiere und deren wirkungsvolle Kontrolle durch Behörden und durch die Öffentlichkeit, etwa durch Kameras in Tierfabriken und Schlachthäusern. Weiterhin fordern wir natürlich wesentlich striktere Regeln zum Schutz der leidenden Individuen. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihren natürlichen Bedürfnissen nachzukommen, die momentan völlig ignoriert werden. Außerdem ist eine genaue Kennzeichnung landwirtschaftlicher Produkte, die ihre genaue Herkunft und die Bedingungen, unter denen sie entstanden sind, transparent macht, dringend nötig. Die Endverbrauchenden müssen eine mündige Entscheidung treffen können und dafür müssen sie ein Bild von den Umständen bekommen, damit nicht die irreführende Werbung der Agrarindustrie als vorwiegende Informationsquelle dient.

3.02 Tierversuche abschaffen

Experimente an lebenden, fühlenden und denkenden Individuen sind abzulehnen. Daher fordern wir ein Ende aller Tierversuche an Universitäten und anderen Einrichtungen in Hessen. Abgesehen von der Verletzung von Leib und Leben, Würde und Rechten der Versuchstiere, ist jeglicher Nutzen bzw. wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn durch die mangelnde externe Validität dieser Experimente, also die fehlende Übertragbarkeit auf den Menschen, anzu-

zweifeln. Wir befürworten eine starke finanzielle Förderung moderner Alternativmethoden, wie etwa Zellkulturen, Biochips oder Computersimulationen, die zu wirklichem wissenschaftlichen Fortschritt führen können.

3.03 Jagd einstellen

Das Töten wildlebender Tiere ist grundsätzlich keine geeignete Verfahrensweise, um ökologische Stabilität herzustellen oder aufrechtzuerhalten. Ein Verbot der Jagd muss also das Ziel sein. Bis dahin treten wir für schärfere Regeln und eine wirksame Kontrolle der bestehenden Gesetze ein: Halbjährliche Schussprüfungen für Jagende müssen eingeführt werden, um die enorme Zahl an Fehlschüssen, die zu Verstümmelungen und grausamen Todeskämpfen führen, zu reduzieren. Kontrollen durch die Jagdbehörde sind zu etablieren. Der momentane Zustand, in dem bestehende Gesetze wie das Verbot der Hetzjagd ungestraft gebrochen werden, ist untragbar. Auch die Drückjagd, deren Übergänge zur Hetzjagd fließend sind, ist schnellstmöglich zu verbieten, genauso wie die Fuchsjagd. Außerdem ist es nicht zu akzeptieren, dass Jagden von Privatpersonen durchgeführt werden. Solange Jagden nicht verboten sind, sollten sie wenigstens von behördlicher Seite aus vollzogen werden und nicht als tödliches Hobby von Privatpersonen.

3.04 Tierhaltung in der Unterhaltungsbranche verbieten

Wir lehnen die Ausbeutung jeglicher Art von Tieren ab. Dazu gehört auch die Tierhaltung in der Unterhaltungsbranche. Oft leiden die Tiere im Stillen und eignen sich problematische Angewohnheiten an. Außerdem leiden die Tiere oft an psychischen Erkrankungen durch die unnatürlichen Lebensumstände. Die Tierhaltung zum Zweck der Unterhaltung ist zu unterbinden, die Bevölkerung ist zu sensibilisieren und die Betriebe bei ihrer Umstellung auf ein tierleidfreies Programm zu unterstützen.

3.05 Hunderassen gleichstellen

Immer wieder kommt es zu Meldungen über auffällige Situationen mit Hunden. Dies liegt jedoch sicherlich nicht an dem bössartigen Wesen einzelner Hunderassen, sondern vielmehr daran, dass ihre Haltenden nicht mit ihnen umgehen können oder sie nicht gut behandeln. Wir fordern daher eine Abschaffung der Rasselisten, da sie unsinnig sind und wir Rassismus in jedweder Form ablehnen. Stattdes-

sen soll ein Sachkundenachweis („Hundeführerschein“) für alle Hundebesitzenden in Hessen verpflichtend werden, zum Schutz der Menschen, aber besonders zum Schutz der Tiere vor Fehlern der Menschen.

3.06 Tierzucht beenden

Das erhöhte Risiko für Gendefekte und die teils quälerischen Ergebnisse der Zucht machen eine Beendigung dieser unumgänglich. Außerdem leiden die Tiere oft unter den Folgen der Einsparung von Kosten zur Gewinnmaximierung. Bis die Zucht beendet ist, sind Maßnahmen und Regeln zum Schutz der Tiere und die Sanktionierung von widrigem Verhalten stärker durchzusetzen.

3.07 Tierschutzkonzepte einführen

Strategien und Konzepte zum Schutz von Tieren in Städten oder gefährdeter Arten sind zu erarbeiten und zu etablieren. Außerdem sollen Tierschutzkonzepte die Förderung von Tierheimen und Lebenshöfen berücksichtigen und als Basis für Maßnahmen zum Erhalt und der Verbesserung der Lebensräume von Tieren dienen.

3.08 Tierfreie Ernährung fördern

Eine effektive Maßnahme zur Verminderung von Tierleid ist die Wahl der Ernährungsform. Durch die Ernährung finden jährlich hunderte Millionen Lebewesen alleine in Deutschland den Tod. Eine tierfreie Ernährung kann also zu einer enormen Reduzierung von Tierleid bei gleichzeitig besserer Ökobilanz führen. Dafür soll die Bevölkerung sensibilisiert, Subventionen auf tierleidfreie Lebensmittel gesteigert und in Einrichtungen öffentlicher Hand das Essensangebot angepasst werden.

3.09 Rechte der Tiere konsequent durchsetzen

Kontrollen zum Schutz der Tiere sind sinnvoll durchzuführen und Gesetzesverstöße konsequent zu ahnden. Da Tiere nicht selbst in der Lage sind, ihre Interessen zu vertreten, ist es ein wichtiger erster Schritt, dass Tierschutzverbände in ihrem Namen klagen dürfen, um der Willkür von Politikbetreibenden und der Profitgier von Großunternehmen und deren Interessenvertretenden wenigstens ein kleines Gegengewicht zu bieten. In einigen

Bundesländern wurde ein solches Verbandsklagerecht in den letzten Jahren eingeführt, in Hessen existiert ein solches Recht bisher noch nicht.

3.10 Tierheime subventionieren

Wir fordern eine staatliche Sicherstellung von Finanzierung und Betrieb der hessischen Tierheime, Gnadenhöfe u.Ä. Dies klingt wie eine Selbstverständlichkeit, ist aber leider fernab der Realität, in der viele Einrichtungen um ihre Existenz fürchten müssen. Das Land sollte die Finanzierung bezuschussen, um die Gemeinden zu entlasten. Außerdem ist eine zweckgebundene Abgabe beim Kauf von Tieren bei Züchtenden sinnvoll, die dann den Einrichtungen zugutekommt.

Wir sind für alle Menschen gleichermaßen da. Wir sichern das Zusammenleben und unsere wirtschaftliche Stabilität in Hessen. Gleichwohl wir dabei nicht auf den Umwelt- und Naturschutz verzichten müssen. Im Gegenteil, wenn wir achtsam mit den Ressourcen umgehen, nachhaltig denken und wirtschaftlich handeln, können wir Hessen weit- aus attraktiver gestalten. Wir fühlen uns in unserem politischen Handeln den Menschen, der Umwelt und den Tieren verantwortlich.